

Die SVP will die Asylreform stoppen

Die rechtsbürgerliche Partei schiesst sich auf «Gratisanwälte» ein. Sie ergreift das Referendum gegen die von Grünen bis FDP akzeptierte Asylreform. Die anderen Parteien werfen ihr Wahlkampfgeplänkel vor.

Anja Burri
Bern

Gut drei Wochen vor den nationalen Wahlen spielt die SVP ihren Trumpf: Sie ergreift das Referendum gegen die Asylgesetzrevision. Gestern verabschiedeten die eidgenössischen Räte die Gesetzesänderungen in der Schlussabstimmung gegen den Willen der SVP. Die Reform soll vor allem die Asylverfahren beschleunigen und die Gemeinden und Kantone entlasten: Ziel ist es, die Mehrheit der Asylgesuche in höchstens 140 Tagen zu erledigen. Die betroffenen Asylsuchenden werden dafür in Zentren des Bundes untergebracht. Nur noch jene Asylsuchenden, für die es weitere Abklärungen braucht, sollen auf die Kantone verteilt werden.

Für die SVP ist die Reform eine «typische Tun-als-ob-Aktion». Den Leuten werde Sand in die Augen gestreut, sagte SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz im Rat und kündigte das Referendum an. Denn in Wahrheit würden neue Anreize gesetzt zur Einwanderung in die Schweiz. Zudem baue die Revision auf dem gescheiterten Dublin-Asylsystem der EU auf. Sobald die verabschiedete Asylgesetzrevision im «Bundesblatt» veröffentlicht wird, hat die SVP hundert Tage Zeit, 50 000 Unterschriften zu sammeln.

«Gratisanwälte» im Zentrum

Die rechtsbürgerliche Partei hängt ihren Widerstand vor allem an zwei geplanten Massnahmen auf: Sie stört sich am kostenlosen Rechtsschutz, den Asylsuchende künftig erhalten sollen. Diesen hat das Parlament beschlossen, weil es gleichzeitig die Rekurs- und Verfahrensfristen deutlich verkürzt hat. Nur wenn Asylsuchende über ihre rechtlichen Möglichkeiten und Chancen aufgeklärt würden, sei ein faires Verfahren möglich, befand die Mehrheit. Aus der Sicht der SVP führen die «Gratisanwälte» hingegen zu mehr Rekursen und höheren Kosten. Weiter will die SVP verhindern, dass der Bund künftig auch gegen lokalen Widerstand Asylzentren eröffnen kann. Besonders störend sei, dass der Bund nötigenfalls die Enteignung eines Grundstückes durchführen könne. Diese Massnahmen beschloss das Parlament, um die schwierige Suche nach Standorten für die Asylzentren des Bundes zu erleichtern. Nach wie vor sind nur einige Orte bekannt, an denen die künftig insgesamt 5000 Plätze für Asylsuchende eingerichtet werden können.



SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz hat im Nationalratssaal in Bern das Wort. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

«Die Asylrevision ist eine typische Tun-als-ob-Aktion», sagt SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz.

Die anderen Parteien reagierten empört auf die Ankündigung der SVP und unterstellten ihr wahltaktische Motive. «Die SVP missbraucht einmal mehr den Nationalratssaal als Wahlkampf Bühne», sagte etwa SP-Fraktionspräsident Andy Tschümperlin. Und BDP-Fraktionspräsidentin Rosmarie Quadranti rief in Erinnerung, dass «das Asylgesetz verschärft wurde und die Handschrift der bürgerlichen Parteien trägt». Die deutlichsten Worte fand FDP-Fraktionspräsidentin Gabi Huber: Heute könnten Asylverfahren Jahre dauern. Nun habe man eine Lösung gefunden, dies zu ändern. Es sei unverständlich, dass sich die SVP

dagegenstelle. «Wir freuen uns auf diesen Abstimmungskampf. Wir sind gespannt, wie Sie dem Volk erklären wollen, dass die Asylverfahren wieder Jahre dauern werden», sagte sie an die SVP gerichtet.

FDP änderte ihre Meinung

Die Gratisanwälte habe die FDP anfänglich auch abgelehnt, räumte Huber ein. «Inzwischen sind wir gescheitert geworden und haben uns von den Fakten überzeugen lassen», sagte sie. Die sogenannten Gratisanwälte arbeiteten künftig für eine Pauschale und seien deshalb gerade nicht daran interessiert, unnötige Beschwerden zu machen und damit die Verfahren zu verlängern. Im Gegensatz zur aktuellen Situation: Heute werde die unentgeltliche Rechtsberatung nach Aufwand entschädigt. Mit ihrem Referendum zementiere die SVP eine Situation, die sie kritisiere.

Noch 2013 hatte sich die SVP für die Grundlagen der Asylreform ausgespro-

chen, die sie nun bekämpft. Damals hatten linke Organisationen und Jungparteien das Referendum gegen die dringlichen Gesetzesänderungen ergriffen. Diese ermöglichten es, die schnelleren Asylverfahren in einem Bundeszentrum zu testen. Gleichzeitig wurden das Botchafts asyl sowie Dienstverweigerung als Asylgrund abgeschafft. Das Stimmvolk bestätigte die dringlichen Gesetzesänderungen schliesslich mit 78 Prozent Ja-Stimmen.

Nun stellt ausgerechnet die SVP diese Verschärfungen wieder infrage: Versenkt das Stimmvolk in der Referendumsabstimmung die Asylreform, werden auch die Regelungen zum Botchafts asyl und zur Dienstverweigerung rückgängig gemacht. Die dringlich verabschiedeten Massnahmen sind nämlich bis 2019 befristet. Sie hätten mit der grossen Asylreform definitiv ins Gesetz überführt werden sollen. Um sie zu retten, bräuchte es einen neuen Parlamentsbeschluss.

Kommentar

Von Doris Kleck

Die Kehrtwende der SVP

Die letzte Session der Legislatur endet mit einem Paukenschlag: Die SVP kündigt das Referendum gegen die Neustrukturierung des Asylwesens an. Die grösste Partei des Landes beweist ihr gutes Händchen für das Politikmarketing: Drei Wochen vor den Wahlen bietet das Referendum der SVP die Möglichkeit, das Asylproblem weiter zu bewirtschaften und das Parlament als untätig und unwillig darzustellen. Das neue Gesetz sei nur eine «Tun als ob»-Aktionsübung, polemisierte Fraktionschef Adrian Amstutz im Nationalrat.

Dabei ist es nicht lange her, da stand die SVP der Neuorganisation des Asylwesens positiv gegenüber. Denn erinnern wir uns, um was es im Kern geht: um die Beschleunigung der Asylverfahren. Die Grundlagen dazu beschloss das Parlament 2012, notabene mit Unterstützung der SVP - eine Reform, der das Stimmvolk mit 78 Prozent zustimmte. Die dringlichen Massnahmen von damals erlaubten dem Bund schnellere Verfahrensabläufe in einem Bundestestzentrum zu prüfen. Nun werden diese befristeten Änderungen in ordentliches Recht überführt. Was 2012 für die SVP ein «Schritt in die richtige Richtung war», nennt sie heute «kontraproduktiv».

Die Partei kritisiert am Gesetz zwei Dinge: Die «Gratisanwälte» für Asylsuchende, die den Rechtsschutz auch in den verkürzten Verfahren gewährleisten sollen. Die SVP unterschlägt dabei, dass die Verfahren im Testzentrum in Zürich nicht länger, sondern kürzer geworden sind: Weil die Anwälte mit einer Pauschale entschädigt werden, lohnen sich aussichtslose Beschwerden nicht mehr. «Totalitär» sei zudem, dass der Bund auch gegen lokalen Widerstand Asylzentren eröffnen kann. 2012 sah man in diesem Ziel auch Positives: Damit werde es «einfacher, geeignete Asylunterkünfte zu finden», argumentierte SVP-Nationalrat Lukas Reimann.

Die SVP präsentiert keine Lösungen. Im Gegenteil: Mit dem Referendum verwickelt sie sich in Widersprüche.

Schlechte Wahlaussichten für Jungpolitiker

Auf der Liste einer Jungpartei lässt sich kaum ein Mandat erringen. Nachwuchspolitiker sind auf gute Plätze auf einer Liste der Mutterpartei angewiesen.

Martin Wilhelm

Gestern gehörte die «Arena» auf SRF den Jungen - es diskutierten die Präsidenten der Jungparteien. Wie bei den Alten gab die Besetzung auch bei den Jungen zu reden: Alle wollten in der Mitte mitdiskutieren. Dort hatte die Redaktion die Chefs von Juso, Junger SVP, Jungfreisinnigen und Junger CVP platziert. In der zweiten Reihe standen die Chefs der Jungparteien von Grünen, GLP, BDP und EVP. Keine Freude an dieser Rangordnung hatte Irina Studhalter, Vorstandsmitglied der Jungen Grünen Schweiz und Nationalratskandidatin im Kanton Luzern. Die Grünen als zweitstärkste Jungpartei nicht bei der inneren Runde zu berücksichtigen - «geht gar nicht».

In den folgenden Schlagabtausch zwischen SRF-Mitarbeitern und Studhalter griff auch «Arena»-Moderator Jonas Projer ein. Das Gewicht der Mutterpartei sei entscheidend, beschied er. Was hingegen für die Jungen Grünen gesprochen hätte, ist ihr gesamtschweizerische Wähleranteil von 0,68 Prozent. Mehr erzielen nur die Juso mit 0,83 Prozent. Mit

0,56 bis 0,58 Prozent kommen CVP, FDP und SVP auf weniger.

Allzu viel lässt sich aus den Wähleranteilen der Jungparteien aber nicht herauslesen, denn die erfolgreichen Jungpolitiker - jene, die gewählt werden - treten alle auf Listen ihrer Mutterpartei an. Ein paar Beispiele: Ursula Wyss (SP, BE, heute Mitglied der Berner Stadtregierung), Aline Trede (Grüne, BE,) und Cédric Wermuth (SP, AG), kandidierten bei ihrer Wahl in den Nationalrat allesamt auf einer Liste ihrer Mutterpartei.

Kein direkter Sitzgewinn

Auf einer Liste der Jungparteien lässt sich hingegen kaum ein Mandat gewinnen. In den Kantonen erreichen die Jungparteien Stimmenanteile von 0,3 bis 2 Prozent - viel zu wenig, um ein Mandat zu erringen. Ihm sei in der Geschichte der Proporzahlen kein Fall bekannt, bei dem eine Jungpartei ein Mandat errungen hätte, sagt der Politologe Georg Lutz. Wieso also der Aufwand? Ein Motiv ist die Hoffnung auf zusätzliche Sitze für die Mutterpartei. Via Listenverbindung profitiert diese von den Stimmen für die Jungpartei. «In manchen Fällen helfen die Jungparteien, ein Restmandat zu gewinnen», sagt Lutz.

Die Vorstellung, dass die Jungparteien für ihre Mutterpartei zusätzliche Sitze holen, basiert aber auf der Annahme, dass sie Wähler anziehen, die sonst nicht für die jeweilige Partei gestimmt hätten. Anders gesagt: Machen die Jungparteien



Anian Liebrand.



Fabian Molina.



Lena Frank.



Maurus Zeier.

nur ihren Mutterpartei Stimmen abspenstig, ist das ganze ein Nullsummenspiel. Insgesamt hält Lutz den Einfluss der Wahllisten der Jungparteien auf die Sitzverteilung für eher gering.

Tendenziell attraktiver

Langfristig bestimmen Jungparteien die politische Landschaft aber trotzdem mit. Bei einer Jungpartei in die Politik einzusteigen, sei für Junge tendenziell attraktiver, sagt Lutz. «Man ist dort nicht mit jenen zusammen, die alles schon kennen und alles schon einmal gemacht haben.» Entsprechend wichtig seien die Jungparteien als Rekrutierungsfeld und als Spielwiese für Nachwuchspolitiker.

Auch die bevorstehenden Wahlen könnten Ausgangspunkt für grosse Politikkarrieren sein - aber eben nur für jene Jungpolitiker, die einen guten Platz auf einer Liste der Mutterpartei erhalten haben. Von den vier Parteichefs, die die guten Plätze in der «Arena» erhalten haben, kandidieren drei für ihre Mutterpartei. Gute Wahlchancen hat Maurus

Zeier. Der Präsident der Jungfreisinnigen tritt auf dem Spitzenplatz der Luzerner FDP-Liste an. Etwas schwieriger ist die Ausgangslage für Anian Liebrand, Präsident der Jungen SVP, der ebenfalls in Luzern antritt. Er müsste vom fünften Listenplatz aus jemanden der beiden Bisherigen, Yvette Estermann und Felix Müri, verdrängen, sofern die Partei ihren Wähleranteil nicht verbessert.

Dem Prominentesten unter den Jungparteien-Präsidenten, Juso-Chef Fabian Molina, werden hingegen geringe Wahlchancen eingeräumt. Die Partei platzierte den im Kanton Zürich kandidierenden Molina auf Platz 11 - hinter den Bisherigen, hinter Alt-Botschafter Tim Guldimann, hinter der SP- und Juso-Frau Mattea Meyer sowie drei weiteren Kandidatinnen. Durch und durch Jungpolitikerin ist Lena Frank, die Co-Präsidentin der Grünen, die in der «Arena» in der zweiten Reihe aufgetreten ist. Sie kandidiert im Kanton Bern auf der Liste der Jungen Grünen - und somit ohne Wahlchancen.

35 Rücktritte aus dem Parlament

Zum Abschluss der 49. Legislatur sind gestern im Bundeshaus die zurücktretenden Parlamentarier geehrt worden. Der Nationalrat verabschiedete 26 Ratsmitglieder, die nicht zur Wiederwahl antreten - wobei Andrea Caroni (FDP, AR) Bern nicht verlassen, sondern in den Ständerat wechseln wird. Bei der Verabschiedung sorgte ein musikalischer Flashmob für eine Überraschung: Als Weibel oder Touristenführer verkleidete Mitglieder eines Berner Vokalensembles sangen Schweizer Volkslieder. Unter den abtretenden Ratsmitgliedern befinden sich altgediente Politiker und Politikerinnen wie Max Binder (SVP, ZH), Toni Bortoluzzi (SVP, ZH), Christophe Darbellay (CVP, VS), Jacqueline Fehr (SP, ZH), Andreas Gross (SP, ZH), Gabi Huber (FDP, UR) und Daniel Vischer (Grüne, ZH). Der Ständerat verabschiedete 10 Mitglieder. Auch hier traten Parlamentarierinnen und Parlamentarier ab, die in Bundesbern während Jahren eine wichtige Rolle spielten - so Christine Egerszegi (FDP, AG), Verena Diener (GLP, ZH), Peter Bieri (CVP, ZG), Felix Gutzwiler (FDP, ZH) und Urs Schwaller (CVP, FR). Die erste Session der 50. Legislatur mit dem neu gewählten Parlament beginnt am 30. November 2015. (SDA/TA)

Übersicht Alle abgetretenen Parlamentarier
adieu.tagesanzeiger.ch